



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Die SVP müsste drei Sitze im Bundesrat haben

Bochsler, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-119471>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:
Bochsler, Daniel. Die SVP müsste drei Sitze im Bundesrat haben. In: Tages-Anzeiger, 20 October 2015, p.2.

Wahlen 2015

Der SVP fehlt der zwingende Bundesratskandidat

In einem Monat entscheidet die Volkspartei, mit wem sie einen zweiten Sitz im Bundesrat erringen will. Das Rennen ist völlig offen.

Christian Brännimann Bern



Hannes Germann Schaffhausen

Heinz Brand Graubünden



Heinz Tännler Zug



Gregor Rutz Zürich

Nach ihrem Wahlsieg steigen für die SVP die Chancen auf einen zweiten Bundesrats-sitz. Seit über einem Jahr prüft eine interne Findungskommission geeignete Kandidaturen. Dennoch gibt es keinen klaren Favoriten.

Die besten Chancen scheint derzeit der Bündner Nationalrat und Asyl-experte Heinz Brand zu haben. Der ehemalige Chef des Bündner Migrationsamts vertritt im SVP-Kernteam inhaltlich die strenge Parteilinie.

Im Rennen ist auch der Zuger Baudirektor Heinz Tännler. Er gehörte schon vor vier Jahren zu den Favoriten.

Asylfragen nicht auf Parteilinie politisiert. Ebenfalls auf dem Kandidatenka-russell sitzt der Berner Nationalrat Albert Röstli, der sich jüngst als erfolgreicher Wahlkampfleiter in Szene setzen konnte.

Oder doch ein Hardliner?

Sollte BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bekannt geben, nicht zur Wiederwahl anzutreten, dürfte die Lust der SVP steigen, einen Hardliner ins Rennen zu schicken.

In der Romandie ist der Waadtländer Nationalrat Guy Parmelin im Gespräch, im Tessin Lega-Staatsrat Norman Gobbi. Eine Deutschschweizer Kandidatur gilt allerdings als wahrscheinlicher.

Klar ist bislang einzig, dass zwei oft als Wunsch Kandidaten Gehandelte trotz bester Wahlchancen nicht antreten wollen. Der Thurgauer Unternehmer Peter Spuhler, Inhaber und Chef der Stadler Rail, lässt ausrichten, er sei als Unternehmer nach wie vor sehr stark gefordert und müsste als Bundesrat sein Unternehmen verkaufen.

und nach Aufliegen von dessen Veruntreuungsfälle dem Thurgauer Nationalrat Hansjörg Walther den Vorzug. Nachteilig auswirken könnte sich für Tännler, dass er im Bundeshaus kaum vernetzt ist.

Parteiintern als valabler Kandidat gilt der Aargauer Nationalrat Hansjörg Knecht. In seiner ersten Legislatur ist der Grossmühlenbesitzer allerdings kaum in Erscheinung getreten.

Im Rennen ist auch der Zuger Baudirektor Heinz Tännler. Er gehörte schon vor vier Jahren zu den Favoriten.

«Die SVP müsste drei Sitze im Bundesrat haben»

Politologe Daniel Bochsler sagt, gemessen an den Wähleranteilen habe die SVP nun zwei Sitze zu wenig - und die FDP einen zu viel.

Mit Daniel Bochsler sprach Janine Hosp

Nach dem Wahlerfolg der SVP wird heftig darüber diskutiert, ob sie nicht wieder mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten sein müsste. Sie haben berechnet, wie viele Sitze ihr aufgrund ihres Wähleranteils zustünden. Was sagen Sie?

Die SVP müsste mindestens zwei Sitze haben, nach der sogenannten Hagenbach-Bischoff-Formel sagt dies. Diese Formel, die auch das Proporzwahlrecht für den Nationalrat vorsieht, begünstigt tendenziell die grossen Parteien; dies aus der Überlegung, dass die massgeblichen Kräfte in der Regierung eingebunden werden sollen und nicht solche, die im Parlament keine Hausmacht haben.

Welche Parteien müssten denn der SVP einen Sitz abgeben? Nach der Hagenbach-Bischoff-Formel die BDP - und die FDP.

Obwohl die FDP zulegen konnte? Man muss sich ziemlich verbiegen, um eine Formel zu finden, die den Anspruch der FDP auf zwei Sitze legitimiert; nur eines von sechs Szenarien spricht ihr zwei Sitze zu. Gleichgültig, welche Zeitung man heute aufschlägt, in allen fordern FDP und SVP, man müsse den Wählerwillen respektieren und den Bundesrat entsprechend zusammensetzen. Am lautes-ten tut dies die FDP. Wenn sie ihrer eigenen Forderung nachgehen, müsste sie aber als Erste vorangehen und der SVP ihren zweiten Sitz zur Verfügung stellen.

FDP-Präsident Philipp Müller setzt auch auf die klassische Zauberformel 2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP. Die SVP ist so stark geworden, andere Parteien so schwach, dass wir weit von dieser Formel entfernt sind. Ich sehe zwei berechtigte Formeln: 3SVP, 2SP,

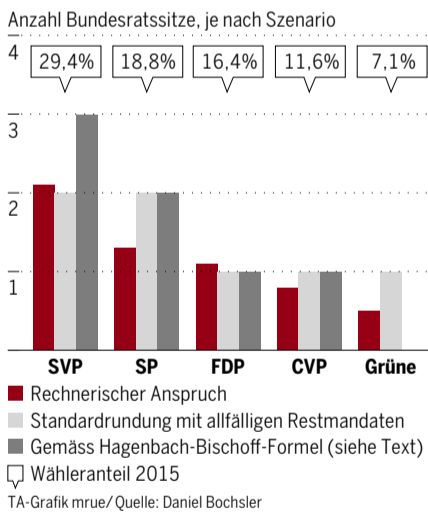
1FDP, 1CVP, wie sie sich nach Hagenbach-Bischoff ergibt. Oder: 2SVP, 2SP, 1FDP, 1CVP, 1Grüne. Die Grünen profitierten in diesem Fall von einer simplen kaufmännischen Aufrundung. Alles andere sind improvisierte Berechnungen nach dem Motto: Ein bisschen berücksichtigen wir den Wähleranteil, aber nur so weit, wie es uns nützt.

Hat sich die Zauberformel überholt? Nur die Sitzansprüche der Parteien, die Zauberformel selber hat am Wahlsonntag neue Aktualität erhalten. Wir befinden uns heute in derselben Situation wie 1959, als sie erschaffen wurde. Damals erlangten SP und CVP zusammen mit Kleinpartei die Mehrheit in beiden Räten und wollten dieses Verhältnis auch im Bundesrat herstellen, der noch vom Freisinn dominiert wurde. Das gelang ihnen mit der Zauberformel. Auch heute muss man neu ausloten, welche Parteien die Parlamente kontrollieren und was dies für den Bundesrat bedeutet. Im Ständerat wird es wohl weiterhin die Mehrheitsbeschaffenerin CVP sein, im Nationalrat hingegen deren rechter Flügel zusammen mit der FDP.

Die Mittepartien CVP, GLP und BDP wollen näher zusammenarbeiten - nicht zuletzt, um ihre zwei Bundesratssitze zu legitimieren. Sind sie noch stark genug? Wenn man diese Schlaumeierei akzeptiert - ja. Legt man ihr die voraussichtliche Sitzzahl in National- und Ständerat zugrunde, könnten sie Hand auf zwei Sitze legen. Nur: Wenn andere Parteien auf ähnliche Ideen kämen, ergäbe sich daraus ein endloses Spiel. Die FDP zum Beispiel könnte sich in je zwei gleich grosse Fraktionen aufteilen und hätte dann, weil jede grösser wäre als jene der Grünen, Anspruch auf zwei Sitze.

Wären unsere Regierungen besser, wenn wir sie mit dem Taschenrechner bestellen würden? Nein, nur in Ländern mit einer gespaltenen Gesellschaft, wie es sie oft in der Nachkriegszeit gab, macht dies Sinn. So können sie alle wichtigen Kräfte einbinden und verhindern, dass Lösungen sabotiert werden. In der Schweiz hat dies beim letzten Versuch nicht funktionier-

Sitzansprüche gemäss Wähleranteil



niert; 2003 wählte die Bundesversammlung Christoph Blocher in den Bundesrat - wie es die SVP wollte. Man hoffte, deren Fundamentalopposition auf diese Weise zu brechen. Wie es ausging, ist bekannt.

In der Elefantenrunde formten die Parteipräsidenten ein Stellenprofil für die Bundesratskandidaten. Dabei fiel auffallend oft das Wort kollegial.

Ja, wichtiger als der exakte Proporz ist die Zusammenarbeit im Bundesrat - schliesslich müssen die Bundesräte kooperieren und sollen sich nicht gegenseitig ihre Geschäfte hintertreiben. Auch das gehört zum Gesamtpaket unserer Konkordanz. Die Wahl des Bundesrats ist eine politische Wahl; es wäre falsch, ihn arithmetisch zu besetzen.



Daniel Bochsler Der Politologe ist Assistenzprofessor am Zentrum für Demokratie Aarau und an der Universität Zürich. Er forscht unter anderem zu Listenverbindungen.

Widmer-Schlu mpf soll die SVP ein paar Wochen zappeln lassen

Ein Rücktritt der Bundesrätin würde vieles entspannen. Aber nicht, wenn er zu früh kommt. Eine Analyse von Fabian Renz

Hat die SVP «Anspruch» auf einen zweiten Bundesrats-sitz? Sie hat ihn natürlich nicht. Die gebieterische Vokabel, mit der die Claqueure des SVP-Wahlsiegs jetzt im Freudentaumel wieder um sich werfen, sollte aus dem Polit-sprech getilgt werden. Unsere Verfassung schreibt vor, dass im Bundesrat die «Landes-gegenden und Sprach-regionen angemessen vertreten sind». Ein irgendwie gearteter Anspruch für eine Partei oder Interessengruppe lässt sich hingegen nirgendwo herbeideuten.

Klugheit sollten sich alle Beteiligten jetzt als Leitmaxime setzen, wenn es um eine erneute Kandidatur von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf geht. Die Regierung so zu komponieren, dass sie in etwa die Mehrheitsverhältnisse im Parlament widerspiegelt, ist klug, weil es sich besser miteinander regiert als gegeneinander. Wechselseitige Obstruktion, wie man sie in den USA zwischen Präsident Obama und den zwei rechtsoppositionell dominierten Kongresskammern beobachten kann, liefert keine überzeugenden Ergebnisse. Sie macht in der Schweiz, wo das Volk via direkte Demokratie jederzeit die Oppositionsrolle übernehmen kann, sowieso keinen Sinn.

Das Volk will rechtere Politik

Klug ist es, die gewünschte Repräsentativität mit der kümmerlichen Schablone einer «arithmetischen Konkordanz» zu designen. Wer die Verteilung der Bundesratssitze mit Prozenten und Sinuswurzeln regeln will, verstrickt sich in einen fruchtlosen Wettstreit um die plausibelste Lösung der Gleichung.

Die sicherste Prävention gegen eine Abwahl wäre der freiwillige Verzicht. Tritt Widmer-Schlumpf aber jetzt schon zur Seite, könnte es die SVP zu einem neuen Experiment à la Blocher verleiten. Ziehsohn Roger Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Widmer-Schlumpf ist daher nun die Akteurin, von der die meiste Klugheit ausgeht. Sie sollte die SVP zu einem neuen Experiment verleiten. Ziehsohn Roger Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft. Widmer-Schlumpf ist daher nun die Akteurin, von der die meiste Klugheit ausgeht.



Eveline Widmer-Schlumpf mag da und dort überhöht und verklart worden sein, aber im Bundesrat gehörte sie in den letzten Jahren zu den stärkeren Figuren. Foto: Melanie Duchene (EQ Images)

SVP-Papabili, deren Namen nun her-angeboten werden. Und der bei weitem bestqualifizierte SVP-Kandidat, Unternehmer Peter Spuhler, weist einen schwerwiegenden Makel auf: dass er eben nicht Kandidat sein will.

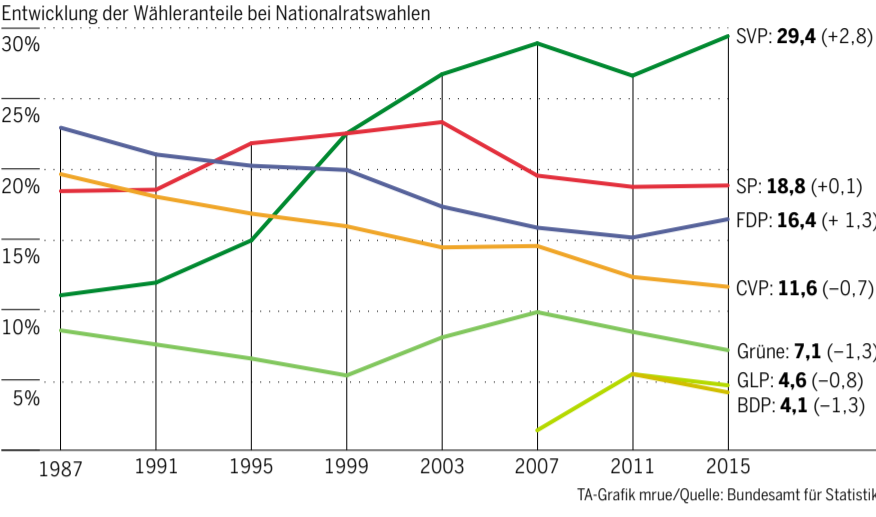
Die sicherste Prävention gegen eine Abwahl wäre der freiwillige Verzicht. Tritt Widmer-Schlumpf aber jetzt schon zur Seite, könnte es die SVP zu einem neuen Experiment à la Blocher verleiten. Ziehsohn Roger Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Widmer-Schlumpf ist daher nun die Akteurin, von der die meiste Klugheit ausgeht.

Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Widmer-Schlumpf ist daher nun die Akteurin, von der die meiste Klugheit ausgeht. Sie sollte die SVP zu einem neuen Experiment verleiten. Ziehsohn Roger Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Gesamt-schweizerische Parteienstärken



Der neue, alte Bürgerblock

Das neue Parlament ist rechter als angenommen. Eine entscheidende Rolle wird die CVP spielen.

Alan Cassidy und Philipp Loser

Es schien nicht wirklich der Tag von Philipp Müller zu sein. Dabei hatte doch er gewonnen, endlich gewonnen! Aber der FDP-Präsident klang am Wahlsonntag nicht wie ein Sieger. Sprach einen halben Satz nach der Erwähnung seines Autounfalls davon, wie er «Vollgas» geben werde im zweiten Wahlgang der Aargauer Ständeratswahlen, wirkte in den Interviews nicht gelöst, sondern geschafft. Den seltsamsten Auftritt hatte er in den Elefantenrunden des Schweizer Fernsehens. SVP-Präsident Toni Brunner, Wahlsieger auch er, musste gar nichts sagen, das übernahm Müller. «Die grösste politische Kraft muss man einfach einbinden. Sonst haben wir die Opposition!», rief Müller und verteidigte während des Gesprächs so vehement die SVP-Position, dass sich Toni Brunner entspannt lächelnd zurückerlehnen konnte.

Brunner und Müller stehen für die neuen Kräfteverhältnisse in der Schweiz. Für das bürgerlichste Parlament, das die Schweiz seit langem hat. Noch rechter als 2007, als die SVP die Wahlen ebenfalls gewann. Brunner und Müller stehen auch für die «Rückkehr des Bürgerblocks», den die Kommentatoren von NZZ, «Blick» und «Basler Zeitung» am Montag in seltener Einmütigkeit verkündeten (und feierten). Haben sie recht? Erleben wir eine Rückkehr der «guten alten Schweiz»? Eine Rückkehr zu «Selbstverantwortung» und «Eigeninitiative»? Auf den ersten Blick sieht es ganz danach aus. Bei den Bürgerlichen finden sich im neuen Parlament beispielsweise mehr Unternehmer als zuvor. Magdalena Martullo-Blocher (SVP, GR), Chefin der Ems-Gruppe, ist dabei das prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel. Mit dem Digitale-Gründer Marcel Dobler (FDP, SG) und Franz Grüter (SVP, LU), Chef des Providers Green.ch, ziehen zwei IT-Unternehmer ins Parlament ein. Neu dabei sind auch mehrere Gewerbetreter wie Thomas Burgherr (SVP, AG, Holzbau) oder Sandra Sollberger (SVP, BL, Malerbetrieb).

Druck auf FDP-Abwechler steigt

Es mag paradox scheinen, doch die Lage der CVP im Parlament könnte in den nächsten Jahren komfortabler sein als jene der Wahlsiegerin FDP. Viele in der SVP haben die CVP als zuverlässige bürgerliche Partnerin längst abgeschrieben. Als Anführerin des neuen Bürgerblocks wird die SVP von den Freisinnigen dagegen erwarten, dass diese nun im Parlament erst recht mit ihr stimmen. Was passiert, wenn die FDP es nicht tut, wenn sie nicht «auf Linie ist», wie es Christoph Blocher nennt, ist absehbar: Die SVP wird sie für fehlende Mehrheiten verantwortlich machen.

Linker CVP-Flügel geschwächt

In dieser Situation wird der Druck auf Abwechler innerhalb der FDP steigen und die Partei vor ein altes Problem stellen: Flügelkämpfe. Die grösste politische Leistung der abgetretenen Urner Nationalrätin Gabi Huber als Fraktionschefin bestand darin, die Partei auf Linie gebracht zu haben. Unter ihrem strengem Regime rückte sie zusammen. Vorbei die Zeiten, als sich progressive Freisinnige epische Streitereien mit rechten Freisinnigen lieferten. Der Nachfolger Hubers als Fraktionspräsident wird darum eine grosse Rolle in der künftigen Positionierung der Partei spielen. Wird es ihm oder ihr gelingen, die Partei auf Kurs zu halten? Das wird darüber entscheiden, ob Parteipräsident Philipp Müller seinen Wahlsieg vom Sonntag irgendwann tatsächlich geniessen können wird.

Gespräche über Allianz

Die Mitte sucht den Schulterchluss

Nach dem Sieg von SVP und FDP wollen die Mitteparteien zusammenrücken. Die BDP macht der CVP Avancen, obwohl sie 2014 eine Union ablehnte.

Markus Brotschi Bern

Für BDP-Präsident Martin Landolt ist nach den Sitzgewinnen des rechten Lagers klar, dass die Mitte «gegen die Zersplitterung etwas unternehmen muss». Noch unklar ist hingegen, welche Form die Kooperation mit CVP und GLP annehmen soll. Zumindest für die BDP ist gar der Verzicht auf eine eigene Fraktion denkbar, obwohl sie im Oktober 2014 eine Union mit der CVP noch ablehnte.

«Wir müssen alle Optionen in Erwägung ziehen», sagte Landolt gestern. Er gehe davon aus, dass auch bei den Grünliberalen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zugenommen habe. Die GLP verlor im Nationalrat 5 ihrer 12 Sitze. Die BDP büsste zwei von 9 Sitzen ein, hat aber gute Chancen, ihr Mandat im Ständerat zu halten. Ziel der Zusammenarbeit sei «ein besserer Auftritt der Mitte in der nächsten Legislatur», sagt Landolt.

Klar ist aber auch, dass mit einer Kooperation die Legitimation der Mitte für einen zweiten Bundesrats-sitz erhöht werden soll. Laut Landolt muss die BDP ihre Überlegungen dennoch unabhängig davon anstellen, ob sich Bundesrätin

Eveline Widmer-Schlumpf der Wiederwahl stellt. Dass sich die Finanzministerin bis zur Delegiertenversammlung der BDP vom 31. Oktober entscheidet, hält Landolt für möglich. Diese Bedenkzeit sei ein «opportuner Zeitraum». Der Berner BDP-Nationalrat Hans Grunder hält die knapp zwei Wochen eher für zu kurz. Er gehe davon aus, dass Widmer-Schlumpf ihre Entscheidung über eine Kandidatur davon abhängig mache, ob eine Zusammenarbeit der Mittepartei zustande komme. Aufgrund der Nationalratswahlen und der absehbaren Zusammensetzung des Ständerates sei eine Wahl von Widmer-Schlumpf «machbar». Grunder und Landolt sehen aufgrund der Sitzverteilung in National- und Ständerat zwei Bundesrats-sitze für die Mitte weiterhin als gerechtfertigt. Gleich äusserte sich erneut CVP-Präsident Christophe Darbellay.

CVP und BDP haben alles Interesse, die GLP in eine Allianz einzubinden. Die Grünliberalen dürften an Gesprächen teilnehmen, halten aber an der eigenen Fraktion fest. «Die Wahrung unserer Unabhängigkeit ist wichtig», sagte Fraktionschefin Tianna Moser der Nachrichtenagentur SDA. Ein weiterer Grund könnte der Fraktionsbeitrag sein, der 144 500 Franken beträgt. Für eine Fraktion braucht es fünf Sitze in einem Rat.

Der Bündner Nationalrat Martin Candinas, Mitglied des CVP-Präsidiums, appelliert an BDP und GLP, mit der CVP «eng zusammenzuarbeiten, um die Mitte im Parlament zu stärken». Klar ist für Candinas, dass die CVP in einer solchen

Allianz die Führung hat. In der CVP gibt es aber auch Widerstände gegen einen Zusammenschluss mit der BDP. Der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister hält die Avancen der BDP für «unglaublich». «Ich sehe nicht, was sich für die BDP in einem Jahr verändert hat, ausser dass nun ihr Bundesrats-sitz wackelt.» Pfister hat sich bereits vor den Wahlen dafür ausgesprochen, dass die SVP den Sitz von Widmer-Schlumpf erhält. Zu ihm haben sich gestern weitere CVP-Nationalräte gesellt. Der St. Galler Jakob Büchler sowie die beiden Tessiner Fabio Regazzi und Marco Romano wollen laut «Blick online» Widmer-Schlumpf nicht mehr wählen. Bereits früher hat sich CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi gegen Widmer-Schlumpf ausgesprochen.

Bundesrat

Wahl am 9. Dezember

Zu Beginn der Legislatur bestellst das Parlament den Bundesrat. Die Wahl findet am 9. Dezember statt, und die vereinigten Bundesversammlung wählt dabei die Bundesräte für die Amtszeit von 2016 bis 2019, ebenso besetzt sie allfällige Vakanten in der Regierung. Die Bundesräte treten wie immer in der Reihenfolge der Anciennität zur Wahl an, das heisst: Der oder die Ämtälteste kommt zuerst. Dies ist Doris Leuthard, gefolgt von Eveline Widmer-Schlumpf, Ueli Maurer, Didier Burkhalter, Simonetta Sommaruga, Johann Schneider-Ammann und Alain Berset. Am selben Tag wird auch der neue Bundeskanzler oder die neue Bundeskanzlerin gewählt. (TA)